

## **Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Abgeschlossen in New York am 10. Juni 1958  
Von der Bundesversammlung genehmigt am 2. März 1965<sup>2</sup>  
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 1. Juni 1965  
In Kraft getreten für die Schweiz am 30. August 1965  
(Stand am 19. Februar 2015)

---

### **Art. I**

1. Dieses Übereinkommen ist auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen anzuwenden, die in Rechtsstreitigkeiten zwischen natürlichen oder juristischen Personen in dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates als desjenigen ergangen sind, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird. Es ist auch auf solche Schiedssprüche anzuwenden, die in dem Staat, in dem ihre Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, nicht als inländische anzusehen sind.

2. Unter «Schiedssprüchen» sind nicht nur Schiedssprüche von Schiedsrichtern, die für eine bestimmte Sache bestellt worden sind, sondern auch solche eines ständigen Schiedsgerichts, dem sich die Parteien unterworfen haben, zu verstehen.

3. Jeder Staat, der dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert, ihm beiträgt oder dessen Ausdehnung gemäss Artikel X notifiziert, kann gleichzeitig auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erklären, dass er das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden werde, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Er kann auch erklären, dass er das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden werde, die nach seinem innerstaatlichen Recht als Handelssachen angesehen werden.

### **Art. II**

1. Jeder Vertragsstaat erkennt eine schriftliche Vereinbarung an, durch die sich die Parteien verpflichten, alle oder einzelne Streitigkeiten, die zwischen ihnen aus einem bestimmten Rechtsverhältnis, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, bereits entstanden sind oder etwa künftig entstehen, einem schiedsrichterlichen Verfahren zu unterwerfen, sofern der Gegenstand des Streites auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann.

AS 1965 795; BBl 1964 II 605

- <sup>1</sup> Der Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.
- <sup>2</sup> AS 1965 793

2. Unter einer «schriftlichen Vereinbarung» ist eine Schiedsklausel in einem Vertrag oder eine Schiedsabrede zu verstehen, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede von den Parteien unterzeichnet oder in Briefen oder Telegrammen enthalten ist, die sie gewechselt haben.

3. Wird ein Gericht eines Vertragsstaates wegen eines Streitgegenstandes angerufen, hinsichtlich dessen die Parteien eine Vereinbarung im Sinne dieses Artikels getroffen haben, so hat das Gericht auf Antrag einer der Parteien sie auf das schiedsrichterliche Verfahren zu verweisen, sofern es nicht feststellt, dass die Vereinbarung hinfällig, unwirksam oder nicht erfüllbar ist.

### **Art. III**

Jeder Vertragsstaat erkennt Schiedssprüche als wirksam an und lässt sie nach den Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebietes, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, zur Vollstreckung zu, sofern die in den folgenden Artikel festgelegten Voraussetzungen gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, darf weder wesentlich strengeren Verfahrensvorschriften noch wesentlich höheren Kosten unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.

### **Art. IV**

1. Zur Anerkennung und Vollstreckung, die im vorangehenden Artikel erwähnt wird, ist erforderlich, dass die Partei, welche die Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, zugleich mit ihrem Antrag vorlegt:

- a. die gehörig beglaubigte (legalisierte) Urschrift des Schiedsspruchs oder eine Abschrift, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift ordnungsgemäss beglaubigt ist;
- b. die Urschrift der Vereinbarung im Sinne des Artikels II oder eine Abschrift, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift ordnungsgemäss beglaubigt ist.

2. Ist der Schiedsspruch oder die Vereinbarung nicht in einer amtlichen Sprache des Landes abgefasst, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, so hat die Partei, die seine Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, eine Übersetzung der erwähnten Urkunden in diese Sprache beizubringen. Die Übersetzung muss von einem amtlichen oder beeidigten Übersetzer oder von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter beglaubigt sein.

### **Art. V**

1. Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, den Beweis erbringt.

- a. dass die Parteien, die eine Vereinbarung im Sinne des Artikels II geschlossen haben, nach dem Recht, das für sie persönlich massgebend ist, in irgendeiner Hinsicht hierzu nicht fähig waren, oder dass die Vereinbarung nach dem Recht, dem die Parteien sie unterstellt haben, oder, falls die Parteien hierüber nichts bestimmt haben, nach dem Recht des Landes, in dem der Schiedsspruch ergangen ist, ungültig ist, oder
  - b. dass die Partei, gegen die der Schiedsspruch geltend gemacht wird, von der Bestellung des Schiedsrichters oder von dem schiedsrichterlichen Verfahren nicht gehörig in Kenntnis gesetzt worden ist oder dass sie aus einem anderen Grund ihre Angriffs- oder Verteidigungsmittel nicht hat geltend machen können, oder
  - c. dass der Schiedsspruch eine Streitigkeit betrifft, die in der Schiedsabrede nicht erwähnt ist oder nicht unter die Bestimmungen der Schiedsklausel fällt, oder dass er Entscheidungen enthält, welche die Grenzen der Schiedsabrede oder der Schiedsklausel überschreiten; kann jedoch der Teil des Schiedsspruches, der sich auf Streitpunkte bezieht, die dem schiedsrichterlichen Verfahren unterworfen waren, von dem Teil, der Streitpunkte betrifft, die ihm nicht unterworfen waren, getrennt werden, so kann der erstgenannte Teil des Schiedsspruches anerkannt und vollstreckt werden, oder
  - d. dass die Bildung des Schiedsgerichtes oder das schiedsrichterliche Verfahren der Vereinbarung der Parteien oder, mangels einer solchen Vereinbarung, dem Recht des Landes, in dem das schiedsrichterliche Verfahren stattfand, nicht entsprochen hat, oder
  - e. dass der Schiedsspruch für die Parteien noch nicht verbindlich geworden ist oder dass er von einer zuständigen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, aufgehoben oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt worden ist.
2. Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruches darf auch versagt werden, wenn die zuständige Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, feststellt,
- a. dass der Gegenstand des Streites nach dem Recht dieses Landes nicht auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann, oder
  - b. dass die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruches der öffentlichen Ordnung dieses Landes widersprechen würde.

## Art. VI

Ist bei der Behörde, die im Sinne des Artikels V Absatz 1 Buchstabe *e* zuständig ist, ein Antrag gestellt worden, den Schiedsspruch aufzuheben oder ihn in seinen Wirkungen einstweilen zu hemmen, so kann die Behörde, vor welcher der Schiedsspruch geltend gemacht wird, sofern sie es für angebracht hält, die Entscheidung über den Antrag, die Vollstreckung zuzulassen, aussetzen; sie kann aber auch auf Antrag der Partei, welche die Vollstreckung des Schiedsspruches begehrt, der andern Partei auferlegen, angemessene Sicherheit zu leisten.

**Art. VII**

1. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens lassen die Gültigkeit mehrseitiger oder zweiseitiger Verträge, welche die Vertragsstaaten über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen geschlossen haben, unberührt und nehmen keiner beteiligten Partei das Recht, sich auf einen Schiedsspruch nach Massgabe des innerstaatlichen Rechts oder der Verträge des Landes, in dem er geltend gemacht wird, zu berufen.

2. Das Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln von 1923<sup>3</sup> und das Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1927<sup>4</sup> treten zwischen den Vertragsstaaten in dem Zeitpunkt und in dem Ausmass ausser Kraft, in dem dieses Übereinkommen für sie verbindlich wird.

**Art. VIII**

1. Dieses Übereinkommen liegt bis zum 31. Dezember 1958 zur Unterzeichnung durch jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen sowie durch jeden anderen Staat auf, der Mitglied einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen oder Vertragspartei des Statutes des Internationalen Gerichtshofes<sup>5</sup> ist oder später wird oder an den eine Einladung der Generalversammlung der Vereinten Nationen ergangen ist.

2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunde ist bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

**Art. IX**

1. Alle in Artikel VIII bezeichneten Staaten können diesem Übereinkommen beitreten.

2. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.

**Art. X**

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, dass dieses Übereinkommen auf alle oder auf einzelne der Gebiete ausgedehnt werde, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald das Übereinkommen für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.

2. Später kann dieses Übereinkommen auf solche Gebiete durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation ausgedehnt werden; die Ausdehnung wird am neunzigsten Tage, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugegangen ist oder, sofern dieses Übereinkommen für den in Betracht kommenden Staat später in Kraft tritt, erst in diesem Zeitpunkt wirksam.

<sup>3</sup> SR 0.277.11

<sup>4</sup> [BS 12 392. AS 46 688, AS 2005 1513. AS 2009 4239].

<sup>5</sup> SR 0.193.501

3. Hinsichtlich der Gebiete, auf welche dieses Übereinkommen bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt nicht ausgedehnt worden ist, wird jeder in Betracht kommende Staat die Möglichkeit erwägen, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um das Übereinkommen auf sie auszudehnen, und zwar mit Zustimmung der Regierungen dieser Gebiete, falls eine solche aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig sein sollte.

#### **Art. XI**

Für einen Bundesstaat oder einen Staat, der kein Einheitsstaat ist, gelten die folgenden Bestimmungen:

- a. hinsichtlich der Artikel dieses Übereinkommens, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis des Bundes beziehen, sind die Verpflichtungen der Bundesregierung die gleichen wie diejenigen der Vertragsstaaten, die keine Bundesstaaten sind;
- b. hinsichtlich solcher Artikel dieses Übereinkommens, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis der Gliedstaaten oder Provinzen beziehen, die nach der verfassungsrechtlichen Ordnung des Bundes nicht gehalten sind, Massnahmen im Wege der Gesetzgebung zu treffen, ist die Bundesregierung verpflichtet, die in Betracht kommenden Artikel den zuständigen Behörden der Gliedstaaten oder Provinzen so bald wie möglich befürwortend zur Kenntnis zu bringen;
- c. ein Bundesstaat, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, übermittelt auf das ihm von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitete Ersuchen eines anderen Vertragsstaates eine Darstellung des geltenden Rechts und der Übung innerhalb des Bundes und seiner Gliedstaaten oder Provinzen hinsichtlich einzelner Bestimmungen dieses Übereinkommens, aus der insbesondere hervorgeht, inwieweit diese Bestimmungen durch Massnahmen im Wege der Gesetzgebung oder andere Massnahmen wirksam geworden sind.

#### **Art. XII**

1. Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.
2. Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

#### **Art. XIII**

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, wirksam.

2. Jeder Staat, der gemäss Artikel X eine Erklärung abgegeben oder eine Notifikation vorgenommen hat, kann später jederzeit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifizieren, dass die Ausdehnung des Übereinkommens auf das in Betracht kommende Gebiet ein Jahr, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, ihre Wirkung verlieren soll.

3. Dieses Übereinkommen bleibt auf Schiedssprüche anwendbar, hinsichtlich derer ein Verfahren zum Zwecke der Anerkennung oder Vollstreckung eingeleitet worden ist, bevor die Kündigung wirksam wird.

#### **Art. XIV**

Ein Vertragsstaat darf sich gegenüber einem anderen Vertragsstaat nur insoweit auf dieses Übereinkommen berufen, als er selbst verpflichtet ist, es anzuwenden.

#### **Art. XV**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen in Artikel VIII bezeichneten Staaten:

- a. die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäss Artikel VIII;
- b. die Beitrittserklärungen gemäss Artikel IX;
- c. die Erklärungen und Notifikationen gemäss den Artikeln I, X und XI;
- d. den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäss Artikel XII in Kraft tritt;
- e. die Kündigungen und Notifikationen gemäss Artikel XIII.

#### **Art. XVI**

1. Dieses Übereinkommen, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut in gleicher Weise massgebend ist, wird in dem Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt den in Artikel VIII bezeichneten Staaten eine beglaubigte Abschrift dieses Übereinkommens.

*(Es folgen die Unterschriften)*

## Geltungsbereich am 19. Februar 2015<sup>6</sup>

| Vertragsstaaten          | Ratifikation<br>Beitritt (B)<br>Nachfolge-<br>erklärung (N) | Inkrafttreten      |
|--------------------------|---|--------------------|
| Afghanistan*             | 30. November 2004 B   | 28. Februar 2005   |
| Ägypten                  | 9. März 1959 B  | 7. Juni 1959       |
| Albanien                 | 27. Juni 2001 B   | 25. September 2001 |
| Algerien*                | 7. Februar 1989 B   | 8. Mai 1989        |
| Antigua und Barbuda*     | 2. Februar 1989 B   | 3. Mai 1989        |
| Argentinien*             | 14. März 1989   | 12. Juni 1989      |
| Armenien*                | 29. Dezember 1997 B   | 29. März 1998      |
| Aserbaidshan             | 29. Februar 2000 B  | 29. Mai 2000       |
| Australien               | 26. März 1975 B   | 24. Juni 1975      |
| Bahamas                  | 20. Dezember 2006 B   | 20. März 2007      |
| Bahrain*                 | 6. April 1988 B   | 5. Juli 1988       |
| Bangladesch              | 6. Mai 1992 B   | 4. August 1992     |
| Barbados*                | 16. März 1993 B   | 14. Juni 1993      |
| Belarus*                 | 15. November 1960   | 13. Februar 1961   |
| Belgien*                 | 18. August 1975   | 16. November 1975  |
| Benin                    | 16. Mai 1974 B  | 14. August 1974    |
| Bhutan*                  | 25. September 2014 B  | 24. Dezember 2014  |
| Bolivien                 | 28. April 1995 B  | 27. Juli 1995      |
| Bosnien und Herzegowina* | 1. September 1993 N   | 6. März 1992       |
| Botsuana*                | 20. Dezember 1971 B   | 19. März 1972      |
| Brasilien                | 7. Juni 2002 B  | 5. September 2002  |
| Brunei*                  | 25. Juli 1996 B   | 23. Oktober 1996   |
| Bulgarien*               | 10. Oktober 1961  | 8. Januar 1962     |
| Burkina Faso             | 23. März 1987 B   | 21. Juni 1987      |
| Burundi*                 | 23. Juni 2014 B   | 21. September 2014 |
| Chile                    | 4. September 1975 B   | 3. Dezember 1975   |
| China*                   | 22. Januar 1987   | 22. April 1987     |
| Hongkong                 | 6. Juni 1997  | 1. Juli 1997       |
| Macau                    | 19. Juli 2005   | 19. Juli 2005      |
| Cook-Inseln              | 12. Januar 2009 B   | 12. April 2009     |
| Costa Rica               | 26. Oktober 1987  | 24. Januar 1988    |
| Côte d'Ivoire            | 1. Februar 1991 B   | 2. Mai 1991        |
| Dänemark*                | 22. Dezember 1972 B   | 22. März 1973      |
| Färöer                   | 12. November 1975 B   | 10. Februar 1976   |
| Grönland                 | 12. November 1975 B   | 10. Februar 1976   |
| Deutschland* **          | 30. Juni 1961   | 28. September 1961 |

<sup>6</sup> AS 1965 795, 1976 617, 1977 152, 1978 72, 1979 720, 1980 377, 1982 258 1940, 1983 1192, 1984 309, 1985 173, 1986 337, 1987 712, 1988 2072, 1990 716, 1993 2439, 2004 3889, 2007 13, 2008 4053, 2011 875, 2013 1479 und 2015 751.

Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA ([www.eda.admin.ch/vertraege](http://www.eda.admin.ch/vertraege)).

| Vertragsstaaten                                   | Ratifikation<br>Beitritt (B)<br>Nachfolge-<br>erklärung (N) |        | Inkrafttreten |      |
|---|---|--------|---------------|------|
| Dominica  | 28. Oktober   | 1988 B | 26. Januar    | 1989 |
| Dominikanische Republik                           | 11. April   | 2002 B | 10. Juli      | 2002 |
| Dschibuti   | 14. Juni  | 1983 N | 27. Juni      | 1977 |
| Ecuador*  | 3. Januar   | 1962   | 3. April      | 1962 |
| El Salvador                                       | 26. Februar   | 1998   | 27. Mai       | 1998 |
| Estland   | 30. August  | 1993 B | 28. November  | 1993 |
| Fidschi   | 27. September   | 2010 B | 26. Dezember  | 2010 |
| Finnland  | 19. Januar  | 1962   | 19. April     | 1962 |
| Frankreich*                                       | 26. Juni  | 1959   | 24. September | 1959 |
| Alle Hoheitsgebiete der<br>Französischen Republik | 26. Juni  | 1959   | 24. September | 1959 |
| Gabun   | 15. Dezember  | 2006 B | 15. März      | 2007 |
| Georgien  | 2. Juni   | 1994 B | 31. August    | 1994 |
| Ghana   | 9. April  | 1968 B | 8. Juli       | 1968 |
| Griechenland*                                     | 16. Juli  | 1962 B | 14. Oktober   | 1962 |
| Guatemala*  | 21. März  | 1984 B | 19. Juni      | 1984 |
| Guinea  | 23. Januar  | 1991 B | 23. April     | 1991 |
| Guyana  | 25. September   | 2014 B | 24. Dezember  | 2014 |
| Haiti   | 5. Dezember   | 1983 B | 4. März       | 1984 |
| Heiliger Stuhl*                                   | 14. Mai   | 1975 B | 12. August    | 1975 |
| Honduras  | 3. Oktober  | 2000 B | 1. Januar     | 2001 |
| Indien*   | 13. Juli  | 1960   | 11. Oktober   | 1960 |
| Indonesien*                                       | 7. Oktober  | 1981 B | 5. Januar     | 1982 |
| Iran*   | 15. Oktober   | 2001 B | 13. Januar    | 2002 |
| Irland*   | 12. Mai   | 1981 B | 10. August    | 1981 |
| Island  | 24. Januar  | 2002 B | 24. April     | 2002 |
| Israel*   | 5. Januar   | 1959   | 7. Juni       | 1959 |
| Italien   | 31. Januar  | 1969 B | 1. Mai        | 1969 |
| Jamaika*  | 10. Juli  | 2002 B | 8. Oktober    | 2002 |
| Japan*  | 20. Juni  | 1961 B | 18. September | 1961 |
| Jordanien*  | 15. November  | 1979   | 13. Februar   | 1980 |
| Kambodscha  | 5. Januar   | 1960 B | 4. April      | 1960 |
| Kamerun   | 19. Februar   | 1988 B | 19. Mai       | 1988 |
| Kanada*   | 12. Mai   | 1986 B | 10. August    | 1986 |
| Kasachstan  | 20. November  | 1995 B | 18. Februar   | 1996 |
| Katar   | 30. Dezember  | 2002 B | 30. März      | 2003 |
| Kenia*  | 10. Februar   | 1989 B | 11. Mai       | 1989 |
| Kirgisistan                                       | 18. Dezember  | 1996 B | 18. März      | 1997 |
| Kolumbien   | 25. September   | 1979 B | 24. Dezember  | 1979 |
| Kongo (Kinshasa)                                  | 5. November   | 2014 B | 3. Februar    | 2015 |
| Korea (Süd-)*                                     | 8. Februar  | 1973 B | 9. Mai        | 1973 |
| Kroatien  | 26. Juli  | 1993 N | 8. Oktober    | 1991 |
| Kuba*   | 30. Dezember  | 1974 B | 30. März      | 1975 |
| Kuwait*   | 28. April   | 1978 B | 27. Juli      | 1978 |



| Vertragsstaaten  | Ratifikation<br>Beitritt (B)<br>Nachfolge-<br>erklärung (N) |        | Inkrafttreten |      |
|--|---|--------|---------------|------|
| Laos   | 17. Juni  | 1998 B | 15. September | 1998 |
| Lesotho  | 13. Juni  | 1989 B | 11. September | 1989 |
| Lettland   | 14. April   | 1992 B | 13. Juli      | 1992 |
| Libanon*   | 11. August  | 1998 B | 9. November   | 1998 |
| Liberia  | 16. September   | 2005 B | 15. Dezember  | 2005 |
| Liechtenstein*   | 7. Juli   | 2011 B | 5. Oktober    | 2011 |
| Litauen*   | 14. März  | 1995 B | 12. Juni      | 1995 |
| Luxemburg*   | 9. September  | 1983   | 8. Dezember   | 1983 |
| Madagaskar*  | 16. Juli  | 1962 B | 14. Oktober   | 1962 |
| Malaysia*  | 5. November   | 1985 B | 3. Februar    | 1986 |
| Mali   | 8. September  | 1994 B | 7. Dezember   | 1994 |
| Malta*   | 22. Juni  | 2000 B | 20. September | 2000 |
| Marokko*   | 12. Februar   | 1959 B | 7. Juni       | 1959 |
| Marshallinseln   | 21. Dezember  | 2006 B | 21. März      | 2007 |
| Mauretanien  | 30. Januar  | 1997 B | 30. April     | 1997 |
| Mauritius*   | 19. Juni  | 1996 B | 17. September | 1996 |
| Mazedonien   | 10. März  | 1994 N | 17. November  | 1991 |
| Mexiko   | 14. April   | 1971 B | 13. Juli      | 1971 |
| Moldau*  | 18. September   | 1998 B | 17. Dezember  | 1998 |
| Monaco*  | 2. Juni   | 1982   | 31. August    | 1982 |
| Mongolei*  | 24. Oktober   | 1994 B | 22. Januar    | 1995 |
| Montenegro*  | 23. Oktober   | 2006 N | 3. Juni       | 2006 |
| Mosambik*  | 11. Juni  | 1998 B | 9. September  | 1998 |
| Myanmar  | 16. April   | 2013 B | 15. Juli      | 2013 |
| Nepal*   | 4. März   | 1998 B | 2. Juni       | 1998 |
| Neuseeland*  | 6. Januar   | 1983 B | 6. April      | 1983 |
| Nicaragua  | 24. September   | 2003 B | 23. Dezember  | 2003 |
| Niederlande*   | 24. April   | 1964   | 23. Juli      | 1964 |
| Curaçao  | 24. April   | 1964   | 23. Juli      | 1964 |
| Karibische Gebiete (Bonaire,<br>Sint Eustatius und Saba) | 24. April   | 1964   | 23. Juli      | 1964 |
| Sint Maarten   | 24. April   | 1964   | 23. Juli      | 1964 |
| Niger  | 14. Oktober   | 1964 B | 12. Januar    | 1965 |
| Nigeria*   | 17. März  | 1970 B | 15. Juni      | 1970 |
| Norwegen*  | 14. März  | 1961 B | 12. Juni      | 1961 |
| Oman   | 25. Februar   | 1999 B | 26. Mai       | 1999 |
| Österreich   | 2. Mai  | 1961 B | 31. Juli      | 1961 |
| Pakistan*  | 14. Juli  | 2005   | 12. Oktober   | 2005 |
| Palästina  | 2. Januar   | 2015 B | 2. April      | 2015 |
| Panama   | 10. Oktober   | 1984 B | 8. Januar     | 1985 |
| Paraguay   | 8. Oktober  | 1997 B | 6. Januar     | 1998 |
| Peru   | 7. Juli   | 1988 B | 5. Oktober    | 1988 |
| Philippinen*   | 6. Juli   | 1967   | 4. Oktober    | 1967 |

| Vertragsstaaten  | Ratifikation<br>Beitritt (B)<br>Nachfolge-<br>erklärung (N) | Inkrafttreten      |
|--|---|--------------------|
| Polen*   | 3. Oktober 1961   | 1. Januar 1962     |
| Portugal*  | 18. Oktober 1994 B  | 16. Januar 1995    |
| Ruanda   | 31. Oktober 2008 B  | 29. Januar 2009    |
| Rumänien*  | 13. September 1961 B  | 12. Dezember 1961  |
| Russland*  | 24. August 1960   | 22. November 1960  |
| Sambia   | 14. März 2002 B   | 12. Juni 2002      |
| San Marino   | 17. Mai 1979 B  | 15. August 1979    |
| São Tomé und Príncipe  | 20. November 2012 B   | 18. Februar 2013   |
| Saudi-Arabien*   | 19. April 1994 B  | 18. Juli 1994      |
| Schweden   | 28. Januar 1972   | 27. April 1972     |
| Schweiz  | 1. Juni 1965  | 30. August 1965    |
| Senegal  | 17. Oktober 1994 B  | 15. Januar 1995    |
| Serbien*   | 12. März 2001 N   | 27. April 1992     |
| Simbabwe   | 29. September 1994 B  | 28. Dezember 1994  |
| Singapur*  | 21. August 1986 B   | 19. November 1986  |
| Slowakei*  | 28. Mai 1993 N  | 1. Januar 1993     |
| Slowenien  | 6. Juli 1992 N  | 25. Juni 1991      |
| Spanien  | 12. Mai 1977 B  | 10. August 1977    |
| Sri Lanka  | 9. April 1962   | 8. Juli 1962       |
| St. Vincent und die Grenadinen*  | 12. September 2000 B  | 11. Dezember 2000  |
| Südafrika  | 3. Mai 1976 B   | 1. August 1976     |
| Syrien   | 9. März 1959 B  | 7. Juni 1959       |
| Tadschikistan*   | 14. August 2012 B   | 12. November 2012  |
| Tansania*  | 13. Oktober 1964 B  | 11. Januar 1965    |
| Thailand   | 21. Dezember 1959 B   | 20. März 1960      |
| Trinidad und Tobago*   | 14. Februar 1966 B  | 15. Mai 1966       |
| Tschechische Republik*   | 30. September 1993 N  | 1. Januar 1993     |
| Tunesien*  | 17. Juli 1967 B   | 15. Oktober 1967   |
| Türkei*  | 2. Juli 1992 B  | 30. September 1992 |
| Uganda*  | 12. Februar 1992 B  | 12. Mai 1992       |
| Ukraine*   | 10. Oktober 1960  | 8. Januar 1961     |
| Ungarn*  | 5. März 1962 B  | 3. Juni 1962       |
| Uruguay  | 30. März 1983 B   | 28. Juni 1983      |
| Usbekistan   | 7. Februar 1996 B   | 7. Mai 1996        |
| Venezuela*   | 8. Februar 1995 B   | 9. Mai 1995        |
| Vereinigte Arabische Emirate   | 21. August 2006 B   | 19. November 2006  |
| Vereinigte Staaten*  | 30. September 1970 B  | 29. Dezember 1970  |
| Alle Gebiete, deren internationale<br>Beziehungen von den Vereinigten<br>Staaten wahrgenommen werden | 3. November 1970 B  | 1. Februar 1971    |
| Vereinigtes Königreich*  | 24. September 1975 B  | 23. Dezember 1975  |
| Bermudas*  | 14. November 1979 B   | 12. Februar 1980   |
| Britische Jungferninseln   | 24. Februar 2014  | 25. Mai 2014       |
| Gibraltar*   | 24. September 1975 B  | 23. Dezember 1975  |

---

| Vertragsstaaten               | Ratifikation<br>Beitritt (B)<br>Nachfolge-<br>erklärung (N) |        | Inkrafttreten |      |
|-------------------------------|---|--------|---------------|------|
| Guernsey*                     | 19. April   | 1985 B | 18. Juli      | 1985 |
| Insel Man*                    | 22. Februar   | 1979 B | 23. Mai       | 1979 |
| Jersey                        | 28. Mai   | 2002   | 28. Mai       | 2002 |
| Kaimaninseln*                 | 26. November  | 1980 B | 24. Februar   | 1981 |
| Vietnam*                      | 12. September   | 1995 B | 11. Dezember  | 1995 |
| Zentralafrikanische Republik* | 15. Oktober   | 1962 B | 13. Januar    | 1963 |
| Zypern*                       | 29. Dezember  | 1980 B | 29. März      | 1981 |

---

\* Vorbehalte und Erklärungen.

\*\* Einwendungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Vereinten Nationen: <http://treaties.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

---

